
Erfolgsmodell Polen – mit Schattenseiten

Adam Krzemiński

Hoffentlich bricht die EU nicht ausgerechnet während der polnischen Präsidentschaft auseinander! Sonst würde man uns schon wieder beschuldigen, nach der Sowjet- auch die Europäische Union zugrunde gerichtet zu haben – witzelte ein Warschauer Zeitungs-karikaturist, als Donald Tusk zum Auftakt des polnischen EU-Semesters von seinem ungarischen Vorgänger ein Faß Tokajer zum Geschenk erhielt. Viktor Orbán schien sich seiner EU-Mission erleichtert zu entledigen, war sie ihm doch bei der nationalistisch-autoritären Gängelung der Demokratie in seinem wirtschaftlich gebeutelten Donau-Staat nur lästig gewesen. Tusk dagegen wird in der EU – sofern sie überhaupt noch Augen für etwas mehr als das Tauziehen um die Rettungsmaßnahmen für den Euro in Berlin und Paris, Massendemonstrationen in Athen und Madrid, oder das Tohuwabohu in Rom hat – als ein Darling gehätschelt. Die »Frankfurter Allgemeine« bescheinigte dem polnischen Ministerpräsidenten sogar auf ihrer ersten Seite, er sei derzeit »der vielleicht stärkste Regierungschef Europas«, und sein Land entwickle geradezu »europäische Führungskraft«.

Es stimmt, daß Polen wirtschaftlich und innenpolitisch recht gut dasteht. Mit leeren Läden, einem wertlosen Złoty als Landeswährung und einer »Schuldenschlinge« um den Hals war es 1989 ein veritabler Inbegriff der »polnischen Wirtschaft« gewesen. Doch – anders als die Griechen heute – wurden die Polen damals von einem gesteigerten Selbstwertgefühl getragen, weil sie dank des zähen Widerstands der »Solidarność« dann am Runden Tisch dem Kommunismus den Todesstoß versetzt hatten. Dieses Bewußtsein half dem Land – trotz seiner Tradition erfolgreicher Massenproteste –, die Schocktherapie mitsamt ihren Folgen, einer rasanten Teuerungswelle und hoher Arbeitslosigkeit, über sich ergehen zu lassen. Die Umschuldung des Landes durch den IWF ging einher mit einer Finanzspritze zur Stützung des Złoty. Und siehe da, stellte bereits fünf Jahre später »Business Week« verwundert fest, das Sorgenkind errappelte sich zu »Europas Tiger-Baby«. 1999 wurde es NATO- und 2004 EU-Mitglied; nach dem Doppelsieg der Brüder Kaczyński 2005 eckte es zwar in alle Himmelsrichtungen an, doch bereits 2007 wählten die Polen die rabiate »Recht und Gerechtigkeits«-Partei (PiS) wieder ab. Aber wirtschaftlich rutschte Polen in den vergangenen zwanzig Jahren in keinem Moment ab.

»Europas Tiger-Baby«

Weder die Rußland-Krise 1998 konnte ihm etwas anhaben, noch die Lehman-Krise 2008 in den USA. Die Wachstumsrate von 5 Prozent war europaweit sogar die höchste! Es besagt etwas, wenn Polen 2010 – als einziger Staat in der EU – eine positive Handelsbilanz mit Deutschland, dem Exportchampion, erzielte. So beteiligten sich auch die einstigen Habenichtse von der Weichsel finanziell bei der Stützung der abgestürzten Wirtschaften Moldawiens und Lettlands. Das i-Tüpfelchen setzte Tusk im Frühjahr 2011, als er erklärte, daß Warschau auch zur Bewältigung der Griechenland-Krise seinen Obolus beizutragen gewillt sei, allerdings nur wenn die Euro-Zone selbst solidarisch ihre Währung stützen werde. Eine Viertelmilliarde Euro ist nicht viel, aber immerhin...

Doch keine Bange in Wien, Kopenhagen oder Paris – niemand tönt in Polen wilhelminisch, am polnischen Wesen werde die EU genesen. Man stellt zwar in Warschau mit Genugtuung fest, daß ausgerechnet der deutsche Finanzminister die polnische Schuldenbremse den EU-Staaten als Vorbild hinstellt. Doch die Hurra-Rufe in Berlin auf die polnische Wirtschaft werden eher als deutsches *Placebo pro domo* verstanden, als Ansporn für die Alt-Europäer, denen es dramatisch an EU-Energie mangelte: Wohin sei es mit ihnen gekommen, wenn selbst Polen besser dastehe als sie selbst? Wenn es keine Fische gibt, muß auch Krebs als Fisch herhalten, sagt ein polnisches Sprichwort. Und als Hecht im Karpfenteich empfinden sich die Polen keineswegs. Sie kommen gar nicht dazu, ihr neues Selbstbewußtsein auszuleben, denn sie sehen entgeistert, wie seicht und trüb inzwischen das Element ist, in dem sie sich vorantasten.

Die Euro-Krise – verstärkt durch den Abstieg Amerikas in der »größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg«, wie Jean-Claude Trichet sagte – veranschaulichte auch den Polen, daß ihre Erfolge nur relativ und ihre Möglichkeiten, das Biotop zu beeinflussen, mehr als bescheiden sind. Man ist entsetzt über das Massaker in Oslo, die Gewalt-Eruptionen in England, die Gesichter der Broker in New York, doch man empfindet es noch nicht ganz als eigene Wirklichkeit, auch wenn 700.000 polnische Haushalte, die Kredite im nun überstarken Schweizer Franken aufgenommen hatten, hart getroffen wurden.

Die EU-Präsidentschaft begann in Polen als ein mediales Event, mit dem Besuch nicht nur einiger EU-Staats- und Regierungschefs, sondern auch des US-Präsidenten Barack Obama, doch sehr schnell wurde sie vom Polnisch-Allzupolnischen des kurzen, aber harten Wahlkampfes überdeckt. Europa ist zwar für die Parlamentswahlen Anfang Oktober eine für Donald Tusks »Bürgerplattform« (PO) genehme Kulisse, doch beim Wahlkampfauftakt waren seine Themen nicht nur nach innen, sondern auch weitgehend rückwärts gewandt. Die Flugzeugkatastrophe von Smolensk, in der 2010 Staatspräsident Lech Kaczyński mit seiner illustren Begleitung ums Leben gekommen war, wurde von der nationalkatholischen Opposition zu einer Verschwörung von Putin und Tusk stilisiert und zum Anlaß genommen, die Legitimität des 2010 gewählten Staatspräsidenten Bronisław Komorowski zu beanstanden, doch der im Juli veröffentlichte Befund der polnischen Untersuchungskommission, die trotz horrender Fehlleistungen der russischen Fluglotsen die Hauptschuld an der Katastrophe den schlecht ausgebildeten Piloten zuschrieb, wirkte sich in Meinungsumfragen zugunsten von Tusk und nicht Kaczyńskis »Recht und Gerechtigkeit« aus. Zwei Monate vor der Wahl

lag die Kaczyński-Partei nicht nur zwölf Prozent hinter der Bürgerplattform, sie galt auch als kaum koalitionsfähig. Somit hat Donald Tusk alle Chancen, als erster polnischer Ministerpräsident seit 1989 wiedergewählt zu werden.

Zwei mental unterschiedliche »Nationen«

Unglaublich! Die Polen sind glücklich, titelte die Wochenzeitung »Polityka« kürzlich. Der Soziologe Janusz Czapiński hatte nämlich in seiner »Gesellschaftsdiagnose« für das Jahr 2011 festgestellt, daß die (statistischen) Polen sich wohlfühlen und immer besser leben. Es gebe allerdings einen tiefen politisch-kulturellen Riß, der die polnische Gesellschaft mental in quasi zwei völlig unterschiedliche »Nationen« spalte. »Die einen gehen oft in die Kirche, sind geneigt, an eine Verschwörung von Smolensk zu glauben, sind älter und voreingenommen gegenüber Homosexuellen und Fremden.« Das sind die, die eine schlechtere Ausbildung und niedrigere Einkommen haben. Sie sind auch mißtrauisch gegenüber staatlichen Institutionen und Europa. Das sind die Wähler der PiS.

Die konservativ-liberalen PO-Anhänger gehen selten in die Kirche, sind jünger, gebildeter, wohlhabender und des ganzen Katastrophen-Rummels überdrüssig. Sozial gesehen, seien ihnen die Wähler der postkommunistischen SLD recht nahe, während die Wähler der Bauernpartei PSL, eine Partei der armen Leute, der PiS nahestünden, wenn sie die Leidens-Egozentrik der Kaczyński-Partei nicht abstoßen würde.

Ansonsten ist die polnische Gesellschaft ungebrochen europafreudig. Mit 83% EU-Befürwortern stellt sie gleichsam eine einsame Spitze unter den zunehmenden Skeptikern nicht nur in der Alt-EU. Und sie ist ebenfalls zu 80 Prozent egalitär eingestellt. Die geburtenstarken Jahrgänge der Zwanzigjährigen haben keine Komplexe gegenüber dem Westen. Sie haben Sprachen gelernt. Sie sind in den neuen Technologien bewandert. In die Kirche gehen sie viel seltener als die Älteren. Innerhalb von zwei Jahren hat sich die Gruppe der unter 24jährigen, die im letzten Jahr kein einziges Mal in der Kirche waren, von 31 auf 35 Prozent vergrößert. Allerdings zieht dies noch keinen entsprechenden kulturellen Wandel nach sich. Die Vorstellungen dieser Generation seien nach wie vor antiquiert – meint Czapiński. Die Gesellschaft soll hierarchisch und zugleich egalitär sein: Die einen herrschen, die anderen haben zu spüren. Der »Herr« darf zwar Befehle geben, viel mehr verdienen sollte er aber nicht. Macht ja. Geld nein.

Nach zwanzig Jahren Transformation ist wenig von der einstigen Zivilgesellschaft übriggeblieben, die in den 80er Jahren die riesige Protestbewegung der Solidarność stellte. Die Polen sind atomisiert. Jeder sei vor allem damit zufrieden, worüber er selbst entscheiden könne, mit seiner Freizeitgestaltung, Ausbildung, Gesundheit, seinen eigenen kleinen Erfolgen. Unsicher wird er in den Relationen zu anderen – von der Beziehung zu den Arbeitskollegen, über die Familienverhältnisse bis hin zum Sex. Daß ein grimmiger Junggeselle, der seinen Konkurrenten politisch gnadenlos niedertrampelt, die größte Oppositionspartei führt, mag für diesen mentalen Autismus eines Teils der polnischen Gesellschaft symbolisch sein. Gegen diese psychische Verkrampfung der Verunsicherten greift Donald Tusk zum Repertoire der »Politik der Liebe«. Anstatt Konflikte medial zuzuspitzen, entschärft er sie durch minutiöse – manchmal gewiß überlange – Erläuterungen der Probleme, Eingeständnisse sachbedingten Versagens und die bewußte Entemotionalisierung des eigenen Politikbetriebes. So zuvorkommend er jedoch erscheint, so hart in der Substanz kann er auch sein.

Ungebrochener Glaube an Europa

Das hat vermutlich Konrad Schuller von der »Frankfurter Allgemeinen« so sehr für den polnischen Ministerpräsidenten eingenommen. Gleich nach seinem Wahlsieg 2007 verstand er mit Eleganz und Härte den unsäglichen deutsch-polnischen Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen zu lösen, zwei Jahre später den polnisch-russischen Dialog aufzunehmen und ihn trotz der Rückschläge wegen der nicht optimalen Zusammenarbeit Moskaus bei der Aufklärung der Katastrophe von Smolensk – trotz des Trommelfeuers der Opposition – vor einem Rückfall zu bewahren. Und schließlich verstand Tusk auch der im eigenen Lande inzwischen angeschlagenen deutschen Bundeskanzlerin die Gewißheit zu geben, hinter der Oder-Neiße-Grenze einen zuverlässigen Partner zu haben, der zwar kein Riesenfels in der Brandung, doch eine kleine Stütze und auch ein Rädchen bei der Lösung der anschwellenden Probleme ist. Bei seiner Rede in Straßburg zum Auftakt der polnischen Ratspräsidentschaft nahm Donald Tusk den Mund nicht zu voll. Er strahlte allerdings ein Vertrauen in die Europa-Idee aus, an dem es den Westeuropäern momentan mangelt. Der Einwand, da sei wenig Konkretes gewesen, stimmt nur bedingt. Es liegt durchaus einiges auf dem Tisch für das polnische EU-Semester, angefangen mit dem Vorschlag einer Haushaltsreform, bis hin zur Gründung einer gemeinsamen EU-Kommandostelle für die zivile Begleitung von NATO-Einsätzen. Daß neu aufgeworfene Projekte erst einmal Einwände provozieren, ist ebenso normal wie die Tatsache, daß sich angesichts der jeweils neu ergebenden Herausforderungen jede Präsidentschaft ohnehin anders gestaltet als geplant. In der Schlußphase der ungarischen EU-Präsidentschaft rückten die »Arabellion« in Nordafrika und die europäische Hilfe beim Aufbau staatlicher Institutionen, einer freien Marktwirtschaft und unabhängiger Medien in den Mittelpunkt. Polen – wie andere ehemalige Ostblockstaaten – hat hierzu gute Erfahrungen, auch die der »Östlichen Partnerschaft«, die man auf den Süden ummünzen kann. Ob man bei der akuten Wirtschaftskrise, die der EU substanziell zusetzt, dafür in diesem Halbjahr die Aufmerksamkeit und Energie haben wird? Ein EU-Sondervorteiler für die Reformen in der arabischen Welt sollte trotzdem nominiert werden, und es könnte ein hochkarätiger Politiker aus Mitteleuropa sein, auch weil die Mitteleuropäer nicht kolonial belastet sind und keine postkolonialen Eigeninteressen in dieser Region verfolgen.